

"Fridays for future" Gemeinsam gegen den Klimawandel

Kategorie: Aus den Bewegungen

Veröffentlicht: Freitag, 01. Februar 2019 12:43



01.02.2019: Georg

Polikeit gibt einen Überblick über die im Entstehen begriffene neue Jugendbewegung "Fridays for future. Gemeinsam gegen den Klimawandel" und ruft alle Jahrgänge zur Unterstützung auf: 1. weil es Anerkennung verdient, wenn sich junge Menschen aktiv für ihre Zukunft einsetzen, 2. weil sie eine Sache vertreten, die auch für die ältere Generation lebenswichtig ist und 3. weil sie in der konkreten Aktion eigene politische Erfahrungen sammeln.

Die Schulstreiks für das Klima haben sich seit Jahresbeginn auch in Deutschland beachtlich ausgebreitet. Offenbar ist da eine neue Jugendbewegung im Entstehen. Sie wendet sich gegen die etablierte Politik, um gegen die mit viel Gerede begleitete, aber im praktischen Tun völlig unzureichende Politik der Regierenden in Sachen Stopp des Klimawandels zu protestieren, gegen deren gefährliche Untätigkeit anzugehen und für ihr eigenes Interesse an einer gesicherten Zukunft der Erde einzutreten.

Es verdient größte Aufmerksamkeit und volle Unterstützung, wenn zehntausende junge Menschen in mehreren EU-Staaten trotz der Drohung mit Schulstrafen sich für Schulstreiks entscheiden und an "Freitagen für die Zukunft" ("Fridays for future!") dem Unterricht fernbleiben, um mehr und wirkungsvollere Maßnahmen für die Bewahrung des Klimas und damit die Zukunft des Erdballs einzufordern.

Besonders wichtig ist dabei, dass es sich um eine von jungen Menschen selbst organisierte, von lokalen Gruppen getragene, politisch und organisatorisch völlig unabhängige, also im besten Sinn basisdemokratische Bewegung handelt. Als Kommunikationsmittel zur Koordinierung und Mobilisierung dienen ihnen dabei in erster Linie die sogenannten sozialen Medien wie WhatsApp, Facebook usw.

Seit Jahresbeginn hat die neue Bewegung auch in deutschen Medien eine gewisse Beachtung gefunden, wenn auch vielfach nur im lokalen Bereich.

Initiative aus Schweden

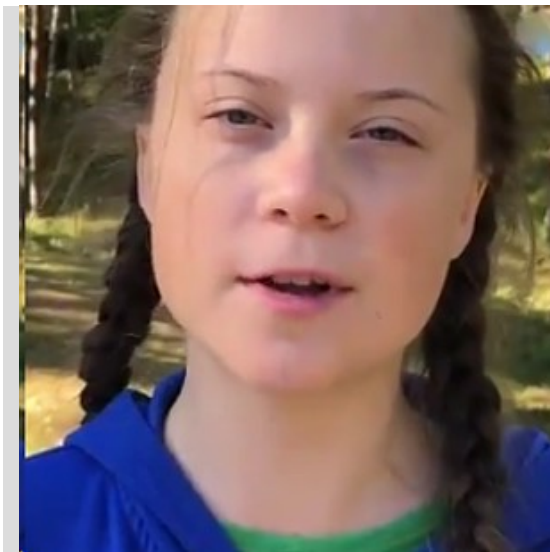
"Fridays for future" Gemeinsam gegen den Klimawandel

Kategorie: Aus den Bewegungen

Veröffentlicht: Freitag, 01. Februar 2019 12:43



Angestoßen wurde diese Art von Aktivitäten ursprünglich von der 15-jährigen schwedischen Schülerin Greta Thunberg. Sie hatte sich am 20. August 2018, dem ersten Schultag nach den heißesten Sommerferien, die es in Schweden je gegeben hat, erstmals mit einem Schild "Skolstrejk för klimatet" (Schulstreik fürs Klima) ganz allein vor das Gebäude des schwedischen Reichstags gesetzt. Auf einem verteilten Handzettel erklärte sie u.a.: "Weil ihr Erwachsenen auf meine Zukunft scheißt, tue ich das auch. Mein Name ist Greta, und ich bin in der neunten Klasse. Und ich bestreike die Schule für das Klima bis zum Tag der Wahl."



*"Wir können die Welt nicht mehr retten, indem wir nach den Regeln spielen.
Es ist an der Zeit zu rebellieren, um die Zukunft zu retten."*

[Greta Thunberg](#), 15-jährige schwedische Klimaaktivistin im Streik

Sie hielt den Streik drei Wochen lang Tag für Tag bis zur Parlamentswahl in Schweden durch.

Ihr Beispiel fand Nachahmer. Daraus entstand die internationale Bewegung "Friday for future" (siehe <https://www.fridaysforfuture.org/>, deutsch: <https://fridaysforfuture.de/>). Damit werden Schülerinnen und Schüler international immer freitags zu Schulstreiks für das Klima aufgerufen. Auf den Internetseiten gibt es sie die Möglichkeit, sich über die Existenz lokaler und regionaler

"Fridays for future" Gemeinsam gegen den Klimawandel

Kategorie: Aus den Bewegungen

Veröffentlicht: Freitag, 01. Februar 2019 12:43

Gruppen zu informieren und mit ihnen in Verbindung zu kommen. Außerdem enthalten sie Hinweise, wie man selbst aktiv werde und Schulstreiks organisieren kann, auch welche Regeln oder Vorschriften dafür gelten.

Greta Thunberg selbst wurde seitdem von manchen wie ein "Star" behandelt, zu Reden auf Kundgebungen in anderen Ländern eingeladen, sogar auch zu einem Redebeitrag auf der Weltklimakonferenz der UNO in Katowice im Dezember (COP24) und dort auch zu einem Gespräch mit UNO Generalsekretär Antonio Guterres, sowie zum "Weltwirtschaftsgipfel" in Davos im Januar 2019.

Unser Haus brennt, ich bin hier, um zu sagen, dass unser Haus brennt. Nach Angaben des IPCC sind wir weniger als 12 Jahre davon entfernt, unsere Fehler nicht mehr rückgängig machen zu können.(...)

Die grundlegende Lösung ist jedoch so einfach, dass auch ein kleines Kind sie verstehen kann. Wir müssen die Emissionen von Treibhausgasen stoppen. Und entweder wir tun das oder wir tun es nicht. Du sagst, dass nichts im Leben schwarz oder weiß ist, aber das ist eine Lüge, eine sehr gefährliche Lüge. Entweder wir verhindern eine Erwärmung um mehr als 1,5 Grad oder nicht. Entweder wir vermeiden es, diese irreversible Kettenreaktion außerhalb menschlicher Kontrolle auszulösen, oder wir tun es nicht. Entweder wir entscheiden uns, als Zivilisation weiterzumachen, oder wir tun es nicht. Das ist so schwarz oder weiß wie es nur geht. Es gibt keine Grauzonen, wenn es ums Überleben geht. Jetzt haben wir alle eine Wahl. Wir können transformatorisches Handeln schaffen, das die zukünftigen Lebensbedingungen der Menschheit sichert, oder wir können unser Geschäft wie gewohnt fortsetzen und scheitern. Das liegt an dir und mir. (...)

In mehr als 50 deutschen Städten

Erste Schulstreiks außerhalb Schwedens gab es schon im Herbst vergangenen Jahres, u.a. im

"Fridays for future" Gemeinsam gegen den Klimawandel

Kategorie: Aus den Bewegungen

Veröffentlicht: Freitag, 01. Februar 2019 12:43

Oktober 2018 in Finnland (Helsinki), aber in Anfängen auch schon in Deutschland. Erstmals im September 2018 in Berlin, im Dezember erneut in Berlin vor dem Bundestag und in 13 weiteren Städten mit jeweils einigen hundert Beteiligten, u.a. in München, Stuttgart, Karlsruhe, Frankfurt/M., Köln, Aachen, Erfurt, Göttingen, Hamburg und Kiel.

[#FridaysForFuture: Schüler*innen "streiken" für bessere Klimapolitik](#)

Richtig in Fahrt kam die Sache allerdings erst nach Jahresbeginn 2019. Ein erster landesweiter Aktionstag mit rund 25 – 30.000 streikenden Schülerinnen und Schülern in mehr als 50 Städten war der 18. Januar. Von 3.000 Teilnehmern in Freiburg/Br. und 1.600 in Saarbrücken über 1.000 in Tübingen und 2.300 in Hannover und jeweils mehreren hundert in nahezu allen weiteren Großstädten reichten die in der örtlichen Presse vermeldeten Zahlen, und dies trotz ziemlicher Kälte. Auch auf Städte wie Nürnberg, Erlangen, Ansbach, Bayreuth, Pforzheim, Mainz, Trier, Jena, Potsdam, Hildesheim oder Lübeck dehnte sich die Bewegung aus.

Schülerprotest vor dem Landtagsgebäude in #Magdeburg: „Wer nicht hüpft, der ist für Kohle.“



[weitere Tweets](#)

[hier](#)

Eine Woche später, am 25. Januar, verbanden sich örtliche Aktionen in mindestens gleichviel Städten mit einer zentralen Demonstration in Berlin zum Bundeswirtschaftsministerium, wo an diesem Tag die "Kohlekommission" tagte. Ihr als großer Fortschritt verkündete "Kompromiss", wonach Deutschland bis 2038 aus der Verwendung von Kohle (Braunkohle) "aussteigen" will, wurde von den Demonstrationsteilnehmern allerdings als völlig ungenügend und enttäuschend bewertet.

In Belgien und der Schweiz

Parallel zu den deutschen Aktionen beteiligten sich am gleichen 18. Januar auch mehr als 20.000 Schülerinnen und Schüler in schweizerischen Städten an Schulstreiks und Demonstrationen. So 8.000 in Lausanne, 5.000 in Genf, 2.000 in Zürich, 1.500 in Neuchâtel, je 1.000 in Basel und Fribourg, zwischen 300 und 600 in St. Gallen, Luzern, Delémont, Solothurn, Chur, Biel, Baden, Zug und Aarau.

Einen Tag vorher, am 17.1., gingen in Brüssel mehr als 17.000 streikende Schülerinnen und Schüler auf die Straße, eine Woche später wurden schon 35.000 Teilnehmer*innen vermeldet.



In Brüssel haben Tausende Schülerinnen und Schüler am vierten Donnerstag in Folge für mehr Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel protestiert. Ihre Wut richtet sich vor allem gegen die ältere Generation: "Sie haben uns einen Planeten im schlechten Zustand hinterlassen", so ein Demonstrant. "Wir müssen das ändern, weil sie es nicht selbst tun können." Einige Jugendliche kamen zusammen mit ihren Eltern. Am Sonntag waren mehr als 70.000 Menschen zu einer Klimakundgebung gekommen.

[zum Video](#)

Auch aus Frankreich, Italien, Großbritannien, den Niederlanden, Österreich (Wien) und sogar den USA, Kanada und Australien wurde über Vorbereitungen zu solchen Aktionen und auch über erste durchgeführte Aktivitäten dieser Art berichtet.

CSU, CDU und FDP fordern Sanktionen

Die Schulstreik-Bewegung ist mit einer starken Auseinandersetzung verbunden, ob solche Aktionen von Schülerinnen und Schülern denn überhaupt zulässig sind und die Beteiligten nicht wegen des Verstoßes gegen die gesetzliche Schulpflicht bestraft werden müssten.

"Fridays for future" Gemeinsam gegen den Klimawandel

Kategorie: Aus den Bewegungen

Veröffentlicht: Freitag, 01. Februar 2019 12:43

Manche Lehrerinnen oder Lehrer begrüßten und unterstützten, dass die Schülerinnen und Schüler damit verantwortungsbewusstes Engagement für die Bewahrung des Klimas und ihre Zukunft zeigten. Auch Schulleitungen verzichteten teilweise auf Sanktionen.

Anderswo aber wurden Schülerinnen und Schüler, die an den Streiks teilnahmen, mit dem Eintrag von Verweisen oder schlechten Noten, Nachsitzen oder sogar der Androhung von Verweisen von der Schule bedroht. Die CSU- bzw. CDU-geführten Kultusministerien in Bayern und Baden-Württemberg verwiesen darauf, dass die Teilnahme an den Schülerstreiks auf jeden Fall als unentschuldigtes Fehlen im Unterricht zu bewerten sei, was natürlich nur als Aufforderung zu entsprechenden Sanktionen verstanden werden konnte. Auch aus der FDP-Spitze wurde darauf gepocht, dass die Schulpflicht für alle zu gelten habe.

Als einzige Parteisprecherin hatte sich die Ko-Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping, öffentlich gegen die Bestrafung von an den Schulstreiks teilnehmenden Schülerinnen und Schülern ausgesprochen. Der bildungspolitische Sprecher der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag warf ihr daraufhin vor, die Schülerinnen und Schüler in unverantwortlicher Weise zum "Schulschwänzen" und damit zum "Regel- und Gesetzesbruch" aufzufordern und die "politische Radikalisierung von Jugendlichen" zu unterstützen.



Auch in vielen Medien wurden die Schulstreiks schlichtweg als "Schulschwänzen" abgestempelt. Die Antwort von Beteiligten war jedoch eindeutig: "Wir schwänzen nicht, wir streiken!" betonten die Streikbeteiligten bei der Demo in Stuttgart. Damit hatten sie zweifelsfrei recht. Denn genau so, wie das Fernbleiben von abhängig Beschäftigten von der Arbeit zur Durchsetzung von Lohn- und anderen Forderungen nicht einfach als "Schwänzen" oder "Blaumachen", sondern als Streik zu bezeichnen ist, obwohl auch das von Unternehmerseite immer wieder diffamierend behauptet wird, gilt das auch für die Schulstreiks.

"Es gibt keinen Sinn, für die Zukunft zu lernen, wenn wir vielleicht keine habe"

Überall in den Demonstrationen wurde aber in vielfältigen Varianten auch eine klare politisch-inhaltliche Aussage sichtbar gemacht.

"Warum lernen ohne Zukunft?", hieß es beispielsweise auf manchen selbstgemalten Transparenten. Etwas ausführlicher das gleiche Argument aus dem Saarland: "Was nützt uns der beste Schul- oder Uniabschluss, wenn wir befürchten müssen, dass unser Planet in ein paar Jahren nicht mehr zu bewohnen ist?" "Es gibt für uns keinen Sinn, für die Zukunft zu lernen, wenn wir vielleicht keine habe", war in Kiel, Mainz, Würzburg und München zu hören oder zu lesen. "Warum noch in der Schule lernen, wenn es den Planeten später nicht mehr gibt?!", in Hamburg.

Die Vielzahl der Sprüche auf Transparenten und in Sprechchören zeugt von der Kreativität der Beteiligten, aber auch von der Intensität und Gedankentiefe, mit der sie sich mit dem Thema befasst haben.

"There is no planet B!"

"Wir sind hier und wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut", schallte es in mehreren Zügen. "Wir streiken, bis ihr handelt", bekundeten Schülerinnen und Schüler in Heidelberg. "Wir sind die letzte Generation, die noch was ändern kann", brachte ein Transparent in Mainz in Erinnerung.

"Wir gehen mit der Welt um, als hätten wir eine zweite im Kofferraum" und "There is no planet B!" ("Es gibt keinen Planeten B"), hieß es auf Transparenten beispielsweise in Berlin. Oder auch: "Dinos dachten auch, sie hätten Zeit" und "Jetzt handeln oder im Museum landen!" und in Anspielung auf die Folgen der Klimaerwärmung: "Opa, was ist ein Schneemann?". "Coal ends the world, so end coal" ("Kohle macht der Erde den Garaus, also macht Schluss mit der Kohle") Und ganz einfach: "Blümchenduft statt Dieselluft", "Klimaschutz statt Kohleschmutz", "Grünkohl statt Braunkohle" oder "Weniger Asphalt, mehr Wald" und "Hopp, hopp, hopp – Klimastopp!"

Eine Aktivistin in Stuttgart kritisierte gegenüber einem Journalisten: "Wir haben eine Klimakatastrophe und trotzdem stehen mehr Artikel über Fußball in der Zeitung als darüber". Eine Schülerin in Berlin in einem anderen Interview: "Ich finde einfach das Klima zu schützen definitiv wichtiger als in der Schule zu pauken, weil wenn man jetzt Mathe und so weiter kann, aber es dann krasse Überschwemmungen gibt und so weiter, dann hilft einem auch nicht mehr Französisch oder Mathe oder irgendwas anderes. Deshalb würde ich zuerst das Klima schützen und dann auch wieder zur Schule gehen".

Fridays for Future unterstützen

Es gibt also gute Gründe, die Schulstreikbewegung "Friday for future" nach Kräften zu unterstützen, und dies nicht nur für Schülerinnen und Schüler, sondern auch für alle älteren Jahrgänge.

Zum einen verdient es jede Anerkennung und Unterstützung, wenn junge Menschen im Schulalter sich engagieren und aktiv für ihre eigenen Interessen, für ihre Zukunft einsetzen.

Zum anderen aber verfechten die jungen Leute damit auch eine Sache, die auch für die älteren Generationen lebenswichtig ist. Zwar sind die heute 15 – 21-Jährigen wahrscheinlich die Hauptleidtragenden, wenn die sich schon abzeichnende Klimaerwärmung nicht gestoppt wird. Es geht also fundamental um ihre Zukunft. Aber auch die Generationen, die altersmäßig darüber liegen, werden mit den verhängnisvollen und lebensgefährlichen Folgen konfrontiert sein. Deshalb ist die Bewegung der Jungen gegen den Klimawandel eine Aktivität, die auch die Interessen der Älteren verteidigt.

Zum Dritten ist nicht zu vernachlässigen, dass Bewegungen wie die Schulstreiks für die Beteiligten und ihr ganzes persönliches Umfeld auch damit verbunden sind, dass die Beteiligten in der konkreten Aktion ihre eigenen politischen Erfahrungen machen, zum Beispiel, wer von den existierenden politischen Gruppen ihr Anliegen unterstützt und wer ihnen entgegenwirkt, sie zu diffamieren und mit Repressionen zum Aufgeben zu zwingen versucht. Das können für Leben prägende Erfahrungen sein, die erheblich zur notwendigen Veränderung der vorhandenen, heute stark erstarrten politischen Kräfteverhältnisse beitragen können.

"Change system, not climat"

Dabei ist auch nicht zu übersehen, dass in den Streikaktionen in Verbindung mit der Klimafrage und der Untätigkeit bzw. dem Zurückweichen der Regierenden von den Konzerninteressen, besonders der Energie- und Autokonzerne, relativ schnell auch die "Systemfrage" ins Blickfeld rückt. "Change system, not climat" (Ändere das System, nicht das Klima) ist vereinzelt bereits auf Transparenten am 14. und 25. Januar zu lesen gewesen.

Und die Initiatorin Greta Thunberg hat in ihrer Rede vor der UNO-Klimakonferenz in Katowice am 12. Dezember 2018 interessanterweise auch schon dieses Thema angesprochen. Sie sagte u.a.: "Ihr seid nicht reif genug, zu sagen, wie es ist. Selbst diese Bürde überlasst ihr uns Kindern. Aber ich kümmere mich nicht darum, populär zu sein. Ich kümmere mich um Klimagerechtigkeit und den lebenden Planeten. Unsere Zivilisation wird geopfert für die Gelegenheit für eine sehr kleine Zahl von Leuten, weiterhin enorme Summen Geld zu machen. Unsere Biosphäre wird geopfert, damit reiche Leute aus Ländern wie dem meinen in Luxus leben können. Es sind die Leiden der vielen, die für den Luxus der wenigen bezahlen."

Und weiter sagte sie: "Wir können eine Krise nicht lösen, ohne sie als Krise zu behandeln. Wir müssen die fossilen Brennstoffe im Boden lassen und wir müssen uns auf Gerechtigkeit konzentrieren. Und wenn Lösungen innerhalb dieses Systems so unmöglich zu finden sind,

dann sollten wir vielleicht das System selbst ändern. Wir sind nicht hierher gekommen, um die führenden Politiker der Welt zu bitten, sich um uns zu kümmern. Ihr habt uns in der Vergangenheit ignoriert und ihr werdet uns wieder ignorieren. Wir haben genug von den Ausreden, und uns läuft die Zeit davon. Wir sind hierher gekommen, um euch wissen zu lassen, dass eine Änderung kommen wird, ob ihr das wollt oder nicht. Die wahre Macht gehört den Völkern!"

".. Aber dazu müssen wir deutlich sprechen. Egal wie unangenehm das auch sein mag. Sie sprechen nur von einem grünen, ewigen Wirtschaftswachstum, weil Sie zu viel Angst haben, unbeliebt zu sein. Sie sprechen nur davon, mit den gleichen schlechten Ideen weiterzumachen, die uns in dieses Chaos gebracht haben. Auch wenn es einzig sinnvoll ist, die Notbremse zu ziehen. (...) Wir können eine Krise nicht lösen, ohne sie als Krise zu behandeln. Wir müssen die fossilen Brennstoffe im Boden lassen und wir müssen uns auf Gerechtigkeit konzentrieren. Und wenn Lösungen innerhalb dieses Systems so unmöglich zu finden sind, dann sollten wir vielleicht das System selbst ändern. Wir sind nicht hierher gekommen, um die führenden Politiker der Welt zu bitten, sich um uns zu kümmern. Ihr habt uns in der Vergangenheit ignoriert und ihr werdet uns wieder ignorieren. Wir haben genug von den Ausreden, und uns läuft die Zeit davon. Wir sind hierher gekommen, um euch wissen zu lassen, dass eine Änderung kommen wird, ob ihr das wollt oder nicht. Die wahre Macht gehört den Völkern!"

vollständiger Text in deutscher Sprache [in diesem Artikel unten](#)

"Fridays for future" Gemeinsam gegen den Klimawandel

Kategorie: Aus den Bewegungen

Veröffentlicht: Freitag, 01. Februar 2019 12:43
